

**Kleine Anfrage**

Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Vanessa Gronemann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Arbeitsüberlastung der Rechtspfleger und Verwaltungsangestellten am Amtsgericht Kassel**Vorbemerkung Fragestellerinnen:**

Bereits im März 2025 wandte sich eine Rechtspflegerin des Amtsgerichts Kassel an die HNA und bemängelte die Überlastungen der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger sowie der Verwaltungsangestellten des Amtsgericht Kassel. Durch die Überlastung der Mitarbeiter, die zum Teil bis zu 13 Stunden arbeiteten, sei der Krankenstand massiv gestiegen. Die Überlastung und der Druck, den die Mitarbeiter spürten, habe auch Auswirkungen auf die Verfahren. Fristen könnten nicht eingehalten werden, die Mitarbeiter könnten zum Teil nicht mehr so gründlich arbeiten, es würden sich Fehler einschleichen. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung lag die Belastung der Geschäftsstelle bei 115 Prozent und die der Rechtspflege bei 140. Aus der Antwort auf die Große Anfrage zur Belastung der Justiz mit der Drucks.21/4996 ergibt sich, dass die Belastungsquote für das Jahr 2025 beim Amtsgericht Kassel bei den Rechtspflegern bei 125,91 Prozent lag und bei den Geschäftsstellen bei 110,51. Am 30.06.2026 war unabhängig davon noch ein Artikel zu den Belastungen der Rechtspfleger im Wiesbadener Kurier. Berichtet wird von Personalmangel, schleichender Digitalisierung.

Wir fragen die Landesregierung

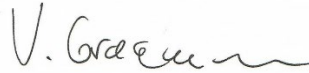
1. Wie hoch war die Belastungsquote der Geschäftsstellen und der Rechtspfleger im ersten und zweiten Quartal 2026 am Amtsgericht Kassel?
2. Wie hoch ist die Differenz zwischen dem Personalbedarf und der Personalverwendung im nicht richterlichen Dienst am Amtsgericht Kassel?
3. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zum Krankenstand und den Entwicklungen zum Krankenstand der letzten drei Jahre bei den Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten des Amtsgerichts Kassel?
4. Welche weiteren Gründe für Personalausfälle, außer bedingt durch Krankheit, gibt es bei den Beschäftigten und Beamtinnen und Beamten am Amtsgericht Kassel?
5. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung über Beschwerden von Gutachtern, Berufsbetreuern und Pflichtverteidigern vor hinsichtlich der verspäteten Begleichung von Rechnungen durch das Amtsgericht Kassel?
6. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über den Bearbeitungsrückstand im nicht richterlichen Dienst bei der Ausführung von richterlichen Verfügungen, Ausfertigen von Urteilen und Beschlüssen sowie von originär dem nicht richterlichen Dienst zugeordneten Aufgaben am Amtsgericht Kassel?
7. Welche Gründe erkennt die Landesregierung für den Bearbeitungsrückstand?
8. Welche Möglichkeiten der Unterstützung zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Bereich der Rechtspflege und der Geschäftsstellen sieht die Landesregierung für das Amtsgericht Kassel?

9. Welche Auswirkungen sieht die Landesregierung auf die Belastungsquote durch die Umstellung auf die vollständige eAkte im nicht richterlichen Dienst insgesamt?
10. Werden am Amtsgericht Kassel alle bisherigen Papierakten bzw. Hybridakten in eine vollständig elektronische Akte übertragen? (Falls ja, bitte auch angeben durch welche Berufsgruppe)

Wiesbaden, 01.10.2026



Lara Klaes



Vanessa Gronemann